

## Terminkalender

Bundestagsberatung  
10. bis 14. November

### Rente/Gesundheit

**23. Oktober** Gesprächsrunde bei der IG Metall und dem DGB Parchim  
**6. November** Bericht beim Seniorenverband BRH, Klink  
**19. November** Öffentliche Veranstaltung DER LINKEN, Neubrandenburg, Cafeteria Bürohaus Helmut-Just-Straße 8, 18 Uhr  
**20. November** Parchim, Cafe Scholz, Blutstraße, 18 Uhr

### Landesparteitag

**25. Oktober** Sternberg

### Apothekertag MV

**8. November** Heringsdorf

### Tagungen

**30. Oktober** Veranstaltung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung über den Einsatz von Gemeindeschwestern, Berlin  
**14. November** Vortrag beim Deutschen Berufsverband für Pflegeberufe, Lübeck

### Bundestagsbüro

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030.22770067  
Fax: 030.22776076  
martina.bunge@bundestag.de

### Wahlkreisbüros

in Wismar, Rostock, Parchim, Lütz, Grevesmühlen und Gadebusch

### Kontakt über

Lübsche Straße 97  
23966 Wismar  
Telefon: 03841.3265993  
Fax: 03841.3265994

### Björn Griese

Mobil: 0173.2140583  
martina.bunge@wk.bundestag.de

### Rainer Raeschke

Mobil: 0172.3201859  
martina.bunge@wk2.bundestag.de

## Diätenspende

# Lesebuch und Segelboot



Lese- und Malbücher zur Verkehrserziehung hatte Martina Bunge mitgebracht, als sie das „Kinderparadies“ in Brüel (Landkreis Parchim) besuchte (unser Foto). In dieser Einrichtung der Volkssolidarität können fast 170 Kinder betreut werden. Außerdem überreichte die Abgeordnete eine Geldspende. Wie alle Mitglieder der Linksfraktion spendet sie monatlich den Nettobetrag einer Diätenerhöhung an

verschiedene Projekte. Mit einem weiteren Geldbetrag unterstützte Martina Bunge das Aktionsbündnis „Ohne Sprit nach Malmö“ und ermöglichte jungen Leuten, mit einem Segelboot – und somit umweltfreundlich – zum Europäischen Sozialforum ins schwedische Malmö zu kommen. Die jüngste Spende kam dem Projekt „Milch für Kubas Kinder“ zu, das durch den Hurrikan „Gustav“ schwer beschädigt wurde.

## Übergriff auf Büros der LINKEN

# Nazi-Schmierereien

Unbekannte haben in der Nacht vom 23. zum 24. September die Geschäftsstelle der LINKEN in Gadebusch, in der sich auch mein Wahlkreisbüro befindet, beschmiert. Was dort vorzufinden war, machte fassungslos: Sämtliche Fensterscheiben wiesen verfassungsfeindliche Parolen, Beschimpfungen oder Hakenkreuze auf. Auch die Buchstaben NPD waren mit einem Stift auf eine Scheibe gekritzelt. Die Sprüche richteten sich gegen DIE LINKE und hatten eindeutige antisemitische und den Faschismus

verherrlichende Aussagen. Gegen die Täter wurde Anzeige erstattet. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen brachten bis zum Redaktionsschluss dieser Ausgabe keine abschließenden Ergebnisse. DIE LINKE und auch ich werden weiter präsent bleiben und uns nicht durch solche feigen Aktionen einschüchtern lassen. Wir werben für unsere Alternativen für eine soziale und friedliche Gesellschaft und wenden uns gegen rechtes Gedankengut. Vandalismus und Gewalt verachten wir.



## Nr. 9

Oktober/November 2008

Krankenhäuser: Keine Besserung in Sicht • Sozialticket für Bahn • Stiefkinder und Hartz IV • Rechte Schmierereien • Diätenspende für Kuba

# klipp und klar.

Dr. Martina Bunge informiert

## Auf ein Wort

# Alles mit Risiken und Nebenwirkungen

Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

der Finanzmarkt ist höchst unsicher und nun noch der Gesundheitsfonds ... Uns bleibt auch nichts erspart, werden viele denken. Ja, ab 1. Januar 2009 soll der Beitragssatz für die Krankenversicherung einheitlich bei 15,5 Prozent liegen. Das bedeutet für die meisten Versicherten eine Steigerung. Höhere Beiträge seien unumgänglich, heißt es. Mit dem Gesundheitsfonds gibt die Bundesregierung jetzt vor, die Sache in den Griff zu bekommen. Sein Kerngedanke ist ein einheitlicher Beitragsatz für alle Kassen. Und diese sollen pro Versicherten – auch nach Krankheitsrisiko – gerecht Geld erhalten. Wo liegen die Risiken und

Nebenwirkungen? Die Beitragserhöhung – als *erstes* – werden Sie rasch spüren. Das Geld wird trotzdem nicht reichen. Das kann *zweitens* zu Zusatzbeiträgen führen. Da diese aber im Konkurrenzkampf der Kassen hinderlich sind, wird man versuchen, sie zu umgehen. Sparen ist *drittens* deshalb angesagt, oder anders ausgedrückt: die Einschränkung von Leistungen. Schließlich zementiert – *viertens* – der Gesundheitsfonds die Abkehr von einem uralten Prinzip: Arbeitgeber und Arbeitnehmer zahlen zu gleichen Teilen. Das wird mit Praxisgebühr und Zuzahlungen längst ausgehebelt. So tragen die Versicherten inzwischen 65 Prozent aller Aufwendungen der gesetzlichen Krankenkassen, die Arbeitgeber nur

noch 35 Prozent. Die Zusatzbeiträge werden die Versicherer allein tragen. Wir schlagen eine Versicherung für alle vor. Jede und jeder, egal ob Arbeiter, Ärztin, Beamter oder Kanzlerin zahlt ein, und zwar für das Gesamteinkommen. Die Arbeitgeber sollen wieder paritätisch herangezogen werden. Dann würde ein Beitrag von zehn Prozent sogar für eine bessere Versorgung genügen. Aktuell verlangen wir, auf die Einführung dieses Gesundheitsfonds am 1. Januar zu verzichten.

In diesem Sinne  
grüßt Sie Ihre

Dr. Martina Bunge ist  
Vorsitzende des  
Gesundheitsausschusses

## Auf den Punkt

„Ich habe den Eindruck, dass Sie Politik beim Autofahren nach zwei Maß Bier machen. Das ist ein bisschen zu wenig.“

Klaus Ernst, Fraktion DIE LINKE, am 25. September 2008  
im Bundestag, an die Abgeordneten der CSU gewandt

**DIE LINKE.**  
IM BUNDESTAG

# Gute Besserung nicht in Sicht

Wer ins Krankenhaus muss, hofft auf Heilung oder Besserung und rechnet mit einer guten Versorgung. Den Krankenhäusern wird es aber immer schwerer gemacht, diese Erwartungen zu erfüllen. Sie leiden unter chronischem Geldmangel. Dieser hat in den letzten zehn Jahren zu einem erheblichen Personalabbau geführt: Allein in der Pflege waren 50.000 Stellen betroffen. Hinzukommen Gehaltsabsenkungen, die Befristung von Arbeitsverhältnissen, die Beschäftigung von Leiharbeitern und die Auslagerung von Bereichen. Steigende Preise für Energie und Lebensmittel und alles, was zu einer guten Versorgung nötig ist, verschärfen die Situation. Die Folgen dieser Sparpolitik heißen – wie viele aus Erfahrung wissen – längere Wartezeiten, überlastetes Personal und dadurch weniger Zuwendung. Der Druck zur Privatisierung steigt und es droht die Schließung weiterer Krankenhäuser.

**Finanznot der Krankenhäuser beenden**  
Das beunruhigt nicht nur Patientinnen und Patienten sowie ihre Angehörigen, sondern auch die Beschäftigten in den Krankenhäusern. Kürzlich sind deswegen über 100.000 Menschen in Berlin auf die Straße gegangen und haben ihren Unmut und ihre Forderungen an die Politik gerichtet.

DIE LINKE im Bundestag hat bereits im Frühjahr 2008 die Bundesregierung aufgefordert, die aktuelle Finanznot der Krankenhäuser zu beenden. Damit hat sie den Stein ins Rollen gebracht; weitere Anträge der FPD und Grünen folgten und setzten die große Koalition erheblich unter Druck. Jetzt scheint die Bundesregierung den Ernst der Lage wenigstens ansatzweise begriffen zu haben. Fünf Minuten vor der Angst hat sie verkündet, sie wolle drei Milliarden Euro zur Verfügung stellen. Das ist eine Stange Geld, allerdings reicht das Maßnahmenpaket nicht aus. Gerade einmal die Hälfte des Geldes kommt „frisch“ hinzu. Die andere Hälfte ergibt sich aus Umschichtungen. X-Millionen als kleines Notpflaster auf die dringendsten Wunden zu kleben, wird einer verantwortlichen Gesundheitspolitik nicht gerecht. Wenn wir das Ausbluten der Kliniken noch stoppen wollen, müssen Bund und Länder bei der Krankenhausfinanzierung schnellstens umsteuern. DIE LINKE fordert, die Tarifierhöhungen in vollem Umfang zu finanzieren und das Budget anzuheben. Der „Sanierungsbeitrag“, den die Krankenhäuser an die Kassen abführen, muss sofort entfallen. Wei-

terhin ist der Investitionsstau aufzulösen, damit erforderliche Baumaßnahmen erfolgen und neue medizinische Geräte angeschafft werden können. Zur Finanzierung der Aufgaben muss die Einnahmeseite gestärkt werden. Es darf nicht sein, dass überall gespart werden soll, weil nur ein Teil der Bevölkerung angemessen an den Kosten des Gesundheitssystems beteiligt ist. Daher brauchen wir endlich die solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung.

## Gesundheitswesen mehr als ein Kostenfaktor

Die Politik sollte endlich die Anforderungen an das Gesundheitssystem tatsächlich in den Blick nehmen: die alternde Gesellschaft und den medizinischen Fortschritt. Wir müssen dahin kommen, das Gesundheitswesen nicht allein als Kostenfaktor zu betrachten und müssen den Wert einer guten Versorgung auch durch eine ausreichende und langfristige Finanzierung würdigen. Beschäftigung im Gesundheitsbereich muss attraktiv werden. Hier liegt ein Arbeitsplatz-Reservoir für die Zukunft. Viele wünschen sich eine Arbeit fernab von Fließbändern und Computern. Die Zuwendung von Mensch zu Mensch gehört auch zu tollen Pillen und moderner Technik.

*Antrag, DS 16/8375*

Mobil auch bei wenig Geld

## Sozialticket für Bahn

Reisen ist für viele Menschen ein Luxus geworden. Dabei geht es gar nicht um Ausflüge in die weite Welt. Schon eine Bahnfahrt von Wismar nach Dresden zur kranken Mutter oder von Parchim nach Dortmund zu den Enkelkindern ist für die meisten, die von Arbeitslosengeld II leben müssen, unerschwinglich. Der Regelsatz nach Hartz IV sieht ganze 2,99 Euro pro Monat für Reisen vor. Da sind nicht nur Familienbesuche, sondern auch Urlaubsfahrten, ein Lehrgang in einer anderen Stadt oder die Teilnahme an einer Demonstration passé.

Meine Fraktion verlangt deshalb ein Sozialticket für die Deutsche Bahn AG. Mit anderen Abgeordneten habe ich einen entsprechenden Antrag gestellt. Das Sozialticket soll der Bahncard 25 entsprechen und damit die Fahrkarten um ein Viertel billiger machen. Das Sozialticket soll fünf Euro kosten. Anspruchsberechtigt sind Menschen, die unter die Hartz-IV-Gesetze fallen, ebenso Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung sowie Asylbewerberinnen und -bewerber.

*Antrag, DS 16/10264*

## Von der Gemeinschaft zur Bedarfsgemeinschaft Stiefkinder schlecht dran

Frau A. ist seit einiger Zeit mit Herrn B. befreundet. Nun haben sie beschlossen, es gemeinsam unter einem Dach zu versuchen. Da Frau A. Arbeitslosengeld-II-Empfängerin ist, werden sie nicht nur schlechthin eine Gemeinschaft, sondern eine Bedarfsgemeinschaft nach den Hartz-IV-Gesetzen. Das bedeutet, Herr B. muss für Frau A. aufkommen und – bei entsprechendem Gehalt – auch für den Unterhalt von Carla, Tochter von Frau A., sorgen. Die Linksfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, diese Praxis zu beenden. Stattdessen soll die Existenz von Kindern, die mit einem

Stiefelternteil zusammen wohnen, über eigenständige Ansprüche gesichert werden. Die geltende Regelung legt schematisch fest, Einkommen und Vermögen des Stiefelternteils anzurechnen, obwohl eine Unterhaltungspflicht gegenüber Stiefkindern im bürgerlichen Recht nicht vorgesehen ist. Wenn die Unterstützung verweigert wird, so unsere Kritik, hat das Kind keinerlei Möglichkeiten, eine tatsächliche Deckung seines Bedarfs zu erreichen. Es hat auch keine Möglichkeit, die Bedarfsgemeinschaft zu verlassen und einen eigenen Sicherungsanspruch zu begründen.

*Antrag, DS 16/9490*

## Drucksache

Initiativen der Fraktion

**Befristet nur mit Grund.**  
Die zeitliche Befristung einer Beschäftigung soll nur noch mit einem Sachgrund zulässig sein.

*Antrag, DS 16/9807*

**Von Kita bis Uni.**  
Unsere Forderungen im Bildungsbereich: Gebührenfreiheit von Kita bis Hochschule, Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems, Einführung der Gemeinschaftsschule sowie Lernmittelfreiheit.

*Antrag, DS 16/9808*

**Barrierefrei.**  
Ein barrierefreier Tourismus soll stärker gefördert werden. Das nutzt allen: Einheimischen und Reisenden, Mensch mit und ohne Behinderung.

*Antrag, DS 16/10317*

**Gegen Kinderarmut.**  
Der Kinderzuschlag ist zu niedrig, erreicht zu wenige Familien, benachteiligt Alleinerziehende und verursacht enorme Verwaltungskosten. Das soll sich ändern.

*Antrag, DS 16/9746*

**Verluste bei Riester?**  
Berichten zufolge werden die staatlichen Zulagen zur Riester-Rente im großen Umfang zur Deckung der Verwaltungs- und Vertragskosten aufgezehrt.

*Kleine Anfrage, DS/10280*